

Geschäftszahl:  
BMÖDS-14060/0007-1/A/4/2019

**23/4.1**  
Zur Veröffentlichung bestimmt

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **Tagung des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport in Brüssel am 21./22. November 2019**

Am 21./22. November 2019 fand in Brüssel die 3724. Tagung des Rates Bildung, Jugend, Kultur und Sport statt.

Die österreichische Delegation im Rat Kultur und audiovisuelle Medien sowie im Rat Jugend wurde von Gesandten MMag. Gregor Schusterschitz geleitet. Beim Rat Sport war Österreich durch Bundesminister Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA vertreten. Den Vorsitz führte die finnische Wissenschafts- und Kulturministerin Hanna Kosonen. Die Europäische Kommission war durch Kommissar Tibor Navracsics vertreten.

Zu den Tagesordnungspunkten wird wie folgt berichtet:

#### **Tagung des Rates – Teil Kultur und Audiovisuelle Medien**

- Der Rat nahm eine EntschlieÙung zur kulturellen Dimension der nachhaltigen Entwicklung an, die als ein Appell an die neue Kommission im Hinblick auf die EU-Gesamtstrategie zur Umsetzung der Agenda 2030 zu verstehen ist. Geplant sind die Einsetzung einer EU-Expertengruppe und die Entwicklung eines Aktionsplans durch die Kommission in enger Abstimmung mit den Mitgliedstaaten.
- In der Orientierungsaussprache zum Thema „Stärken, Innovationspotenzial und globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Kultur- und Kreativwirtschaft und audiovisuellen Industrie“ standen im Mittelpunkt die zentralen Herausforderungen sowie mögliche Lösungsansätze und Maßnahmen. Alle Mitgliedstaaten betonten die Bedeutung dieser Sektoren für die kulturelle Vielfalt, aber auch für die europäische Wirtschaft. In der Wortmeldung betonte Österreich, dass die Wertschöpfungsketten durch digitale Technologien und global agierende Akteure auf allen Stufen massiv unter Druck geraten seien. Gleichzeitig biete die digitale Ökonomie große Potentiale zur weltweiten Verbreitung europäischer Inhalte, die es zu heben gelte. Zur Erreichung dieses Ziels sei es wesentlich, dass ein echtes „level-playing-field“ für alle Akteure der Kultur-, Medien- und

Kreativsektoren im Online-Bereich geschaffen werde. Es benötige zudem eine faire Abgeltung über die gesamte Wertschöpfungskette, Absicherung von Transparenzgebotsen und klare Verantwortung für neue Akteure, weitere Mittel für den digitalen Transformationsprozess, einen verbesserten Zugang zu Daten sowie Erleichterungen für Kooperationsmodelle und Allianzen europäischer Inhalteanbieter. Österreich verwies zudem auf die unter österreichischer Ratspräsidentschaft geführte Debatte zum Thema, die in der Annahme von „Schlussfolgerungen des Rates zur Stärkung europäischer Inhalte für die Digitalwirtschaft“ mündete.

- Unter den sonstigen Informationspunkten informierten Österreich und Estland über die Auswahl von Bad Ischl bzw. Tartu als Europäische Kulturhauptstädte 2024. Bulgarien berichtete über die Rückgabe von archäologischen Objekten, die von deutschen Behörden beschlagnahmt wurden. Frankreich informierte über die Umsetzung des in der „Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt“ vorgesehenen Leistungsschutzrechts für Presseverleger. Die Umsetzung habe in Frankreich zu einer unmittelbaren Reaktion eines wichtigen digitalen Akteurs geführt, welche die Zielsetzung dieser Bestimmung zu vereiteln drohe. Frankreich, unterstützt von acht Mitgliedstaaten unter anderem von Österreich, plädierte für weitere Regelungen für digitale Plattformen, insbesondere auf Ebene des Wettbewerbsrechts. Italien plädierte für eine Nennung von Kultur im Titel der designierten Kommissarin Mariya Gabriel („Innovation und Jugend“) und wurde dabei von elf Mitgliedstaaten unterstützt. Kroatien gab eine Vorschau auf den kommenden Ratsvorsitz, der sich schwerpunktmäßig mit Medienkompetenz und Risikomanagement im Bereich des Kulturerbes beschäftigen wird.

## **Tagung des Rates – Teil Sport**

- Der Rat nahm die Schlussfolgerungen zur Bekämpfung der Korruption im Sport an. Der Kampf gegen Korruption im Sport ist eines der Schwerpunktthemen des finnischen EU-Ratsvorsitzes. Es handelt sich hierbei um ein komplexes Phänomen, das sich im Sport in vielfältiger Weise, sei es durch Bestechung, Doping oder in der Manipulation von Sportbewerben wiederfindet und sowohl die sportliche Integrität, als auch den Ruf des Sports erheblich schädigen kann. Im Rahmen der Ratsschlussfolgerungen zur Bekämpfung von Korruption im Sport soll ein EU-weiter Ansatz, hin zu mehr Transparenz und „Good Governance im Sport“ etabliert werden, der sowohl entsprechende Empfehlungen für die Mitgliedstaaten, die Kommission sowie die Sportbewegung umfasst.
- Der Rat nahm die Schlussfolgerungen zum Schutz des Kindeswohls im Sport an. Die Bedeutung von Sport und physischer Aktivität für die Gesundheit ist ein maßgeblicher Bestandteil des menschlichen Wohlbefindens. Der Etablierung eines aktiven Lebensstils

bereits in der Kindheit, kommt hierbei für das gesamte spätere Leben eine besondere Bedeutung zu. Die Gewährung eines sicheren Umfeldes für die Ausübung von Sport bildet den zentralen Kern der Ratsschlussfolgerungen zum Schutz von Kindern im Sport. Schutz umfasst hierbei sowohl das physische als auch psychische Wohlbefinden. Der Schutz des Kindeswohls im Sport ist im weiteren Sinne als der Schutz aller Kinder vor Schaden, Misshandlung, Gewaltanwendung, Ausbeutung und Vernachlässigung aufzufassen. Dazu gehört eine Reihe von Maßnahmen, die dazu beitragen, dass alle Kinder die Teilnahme am Sport als positiv erleben. Dies soll durch die Aufnahme von Empfehlungen und Initiativen in den Ratsschlussfolgerungen gefördert werden.

- Die Orientierungsaussprache zum Thema „Förderung der verantwortungsvollen Verwaltung im Sport“ begann mit einem Eingangsstatement des neu gewählten Präsidenten der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) und ehemaligen polnischen Sportministers, Witold Bańka. Danach erfolgte eine eingehende Diskussion über die Bedeutung von Good Governance im Sport und über geeignete Maßnahmen, diese zu fördern. Dabei wurden die Notwendigkeit des Austausches von bewährten Praktiken und die Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene betont, um verantwortungsvolle Verwaltung im Sport sicherzustellen. Transparenz, die Entwicklung von Verhaltenskodizes, die Verbesserung von Organisationsstrukturen, finanzielle Berichtspflichten und ähnliche Maßnahmen würden einen wichtigen Beitrag leisten, die verantwortungsvolle Verwaltung in den Sportorganisationen- und Verbänden zu stärken. Österreich betonte, dass europaweite gemeinsame Strategien zur Umsetzung von Good Governance der Schlüssel zur Überwindung vieler negativer Faktoren sind, welche den Sport gegenwärtig bedrohen. Österreich berichtete, dass auf nationaler Ebene in den vergangenen Jahren ein ganzes Bündel an Maßnahmen gesetzt wurde, um die Qualität der verantwortungsvollen Administration im Verantwortungsbereich des Sportministeriums zu optimieren. Dabei werde seit vielen Jahrzehnten auf eine starke Kooperation zwischen Regierung und organisiertem Sport gesetzt. Wesentlich dabei ist der permanente Austausch von Information und „Best practice“-Modellen.
- Unter den sonstigen Informationspunkten informierten der Vorsitz und Rumänien über die Treffen der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) (Kattowitz, 4.-7. November 2019), nämlich über die Sitzung des WADA Exekutivkomitees, die Sitzung des WADA Stiftungsrates sowie über die 5. Welt-Anti-Doping-Konferenz und sprachen in diesem Zusammenhang verschiedene Themen an, welche im Rahmen der Tagungen diskutiert wurden.

### **Tagung des Rates – Teil Jugend**

- Der Rat nahm Schlussfolgerungen zum Thema „Digitale Jugendarbeit“ an. Die Schlussfolgerungen betonen, dass Jugendpolitik im Hinblick auf eine digitale

Gesellschaft gestärkt werden soll. Sie heben auch die Wichtigkeit eines verantwortungsvollen Umgangs mit digitalen Medien hervor. Darüber hinaus wird auf die Notwendigkeit verwiesen, Jugendbetreuerinnen und Jugendbetreuer mit den nötigen digitalen Kompetenzen auszustatten sowie den EU-Aktionsplan für Digitale Bildung 2018 zu aktualisieren.

- Der Rat nahm Schlussfolgerungen zur Aus- und Weiterbildung von Jugendbetreuerinnen und Jugendbetreuern an. Die Europäische Jugendstrategie 2019-2027 betont die Wichtigkeit der Anerkennung von Qualifikationen von Jugendbetreuerinnen und Jugendbetreuern. Neben der politischen Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten ist auch eine weitere Zusammenarbeit, wie zum Beispiel über Erasmus+, notwendig. Zudem wird die Wichtigkeit der Bedeutung der Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter sowie von Aus- und Weiterbildung im Ausland in den Schlussfolgerungen hervorgehoben.
- In der anschließenden Orientierungsaussprache diskutierten die Vertreterinnen und Vertreter aus den Mitgliedsstaaten zum Thema „Eine Vision für die Jugendarbeit in Europa – Klimawandel, Jugend und Jugendarbeit“. In einer Tischrunde waren sich alle Delegationen über die Wichtigkeit des Themas einig. Es herrschte Übereinstimmung, dass Jugendliche zwar für Klimathemen sensibilisiert sind, jedoch auch Verantwortung für ihren eigenen Lebensstil übernehmen müssen. Weiters wurde auf die EU-Jugendprogramme (Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps) im Zusammenhang mit einer aktiven Bürgerschaft und dem Kampf gegen den Klimawandel verwiesen. Österreich hob die Rolle der Jugendarbeit hervor, Jugendliche dabei zu unterstützen, faktenbasierte Entscheidungen zu treffen. Weiters verwies Österreich auf die Notwendigkeit, die Partizipation junger Menschen an Entscheidungsprozessen zu fördern. Beispielsweise wurden auch Vertreterinnen und Vertreter der „Friday’s for Future“ Bewegung in den nationalen Prozess zur Erstellung des nationalen Klima- und Energieplans und die Langfriststrategie 2050 miteinbezogen. Erwähnt wurde auch das Erfordernis von sektorenübergreifender Zusammenarbeit. In Österreich wurden alle elf Europäischen Jugendziele, darunter auch Jugendziel 10 „Ein nachhaltiges, grünes Europa“, im Rahmen der Neuausrichtung der Österreichischen Jugendstrategie aufgegriffen. Österreich betonte abschließend, dass demokratiepolitische Bildung hierbei eine sehr wichtige Rolle einnehme und Österreich mit Wahlen bereits ab 16 Jahren ein Pionierland sei.
- Unter den sonstigen Informationspunkten informierte Portugal über die Weltkonferenz der Jugendministerinnen und Jugendminister 2019 und das Jugendforum "Lisboa +21" (Lissabon, 22.-23. Juni 2019). Litauen berichtete über das vierte Jugendforum der Östlichen Partnerschaft, das am 19. Juni 2019 in Vilnius stattgefunden hat. Abschließend informierte Kroatien über allgemeine Prioritäten, spezifische Schwerpunkte und geplante Veranstaltungen für den Bereich Jugend während seiner Ratspräsidentschaft.

Wir stellen daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

5. Dezember 2019

Dkfm. Eduard Müller, MBA  
Bundesminister

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M  
Bundesminister

Mag. Ines Stilling  
Bundesministerin